

2/SN-423/ME XVIII GP - Stellungnahme (gescanntes Original) 2/SN-451/ME  
**AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG, LANDESAMTSDIREKTION**

Postanschrift 1014 Wien, Postfach 6

Fernschreibnummer 13 4145, Telefax (0 22 2) 531 10 3610  
Parteienverkehr: Dienstag 8 - 12 Uhr und 16 - 19 Uhr  
Wien 1, Herrengasse 11 - 13  
zu erreichen mit:  
U 3 (Haltestelle Herrengasse)  
2A, 3A (Haltestelle Michaelerplatz)

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 1014

1 von 3

An das  
Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft  
Stubenring 1  
1011 Wien

Beilagen

LAD-VD-6925/43

Bei Antwort bitte Kennzeichen angeben

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. ....	05/19
Datum: 29. MRZ. 1994	
Verteilt 3. Mai 1994	

Bezug

11.040/01-I 1/94

Bearbeiter

Dr. Staudigl

(0 22 2) 531 10

Durchwahl

2094

Datum

26. April 1994

Betrifft

Bundesgesetz über das Bundesamt für Wasserwirtschaft und mit dem das Hydrographiegesetz geändert wird

Die NÖ Landesregierung beehrt sich mitzuteilen, daß gegen den Entwurf eines Bundesgesetzes über das Bundesamt für Wasserwirtschaft und mit dem das Hydrographiegesetz geändert wird grundsätzlich keine Einwendungen erhoben werden.

Zu § 10 wird lediglich angemerkt, daß nach dessen Abs. 3 Leistungen, die das Bundesamt für Wasserwirtschaft im Ressortbereich im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft im öffentlichen Interesse erbringt, unentgeltlich erfolgen sollen. Bedingt durch die Bindung an den Auftrag des Bundesministeriums und den Ressortbereich besteht daher die Sorge, daß in Zukunft ein Tätigwerden des neuen Bundesamtes für die Behörden auf Landesebene auch in der mittelbaren Bundesverwaltung nur mehr entgeltlich erfolgen kann. So hat etwa die bisherige Bundesanstalt für Wasserbauversuche und Hydrometrische Prüfung die Kalibrierungen hydrometrischer Geschwindigkeitsmeßgeräte bzw. sonstige Untersuchungen im Zusammenhang mit Meßinstrumenten und Pegelstationen im Bereich der Hydrographie kostenlos durchgeführt, da diese Leistungen im öffentlichen Interesse gelegen sind. Sollten mit dem neuen § 10 Abs. 3 nunmehr Leistungen für die in der mittelbaren Bundesverwaltung tätigen Organe des Landes kostenpflichtig werden, so wird ein derartiges

- 2 -

Ergebnis von der NÖ Landesregierung abgelehnt. Dazu kommt noch, daß derartige Entgelte dem Zweckaufwand zugerechnet werden müßten und daher ohnehin von der Gebietskörperschaft Bund selbst getragen werden müßten.

Es sollte daher eindeutig klargestellt werden, daß neben den Leistungen im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft im öffentlichen Interesse auch Leistungen im Auftrag anderer in der mittelbaren Bundesverwaltung sowie der Auftragsverwaltung des Bundes tätiger Behörden ebenfalls unentgeltlich zu erfolgen haben.

Dem Präsidium des Nationalrates werden u.e. 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme übermittelt.

NÖ Landesregierung  
Dr. P r ö l l  
Landeshauptmann

- 3 -

LAD-VD-6925/43

1. An das Präsidium des Nationalrates (25-fach)
2. an alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
3. an alle Ämter der Landesregierungen  
(zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
4. an die Verbindungsstelle der Bundesländer
5. an das Büro des Bundesministers für Föderalismus und  
Verwaltungsreform

zur gefälligen Kenntnisnahme

NÖ Landesregierung  
Dr. P r ö l l  
Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

